

Zeitung für das Dilltal.

Amtliches Kreisblatt für den Dillkreis.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg.
Geschäftsstelle: Schulstrasse 1. Fernruf: Dillenburg Nr. 24.

Insertionspreise: Die kleine 6-sp.
Anzeigenspalte 15 A., die Kolumnen-
spalte 40 A. Bei ununterbrochener Wieder-
holungs-Aufnahmen entsprechender
Rabatt, für umfangreichere Aufträge
günstige Stellen-Abstände. Offerten
zeichnen ob. Kust. durch die Exp. 25 A.

Nr. 290

Dienstag, den 11. Dezember 1917

77. Jahrgang

Waffenstillstand an der rumänischen Front.

Aufhebung der Kriegslieferungsverträge.

Berlin, 10. Dez. Nach einer Meldung des „Daily Chronicle“, die durch andere Meldungen gestützt wird, hat die jetzige russische Regierung alle Verträge mit den Alliierten über die Lieferung von Kriegsbedarf und Kriegsgerät für die russische Armee als aufgelöst erklärt. Die Auflösung tritt sofort in Kraft. Die Regelung der russischen Kriegsschulden soll bis zu den Friedensverhandlungen vertagt werden.

Noch kein Staatsbankrott in Rußland!

Petersburg, 10. Dez. (B.B.) Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur mitteilt, ist keine Ungültigkeitserklärung der ausländischen Anleihen durch ein Dekret der Regierung erfolgt. Es handelt sich lediglich um einen Artikel des Organes der Bolschewiki „Pravda“.

Die deutschen Kriegsgefangenen werden freigelassen?

Stockholm, 10. Dez. Heute über Finnland eingetroffene schwedische Reisende erzählen, auf allen finnländischen Bahnstationen so viele deutsche Soldaten und Matrosen in Uniform gesehen zu haben, daß sie anfangs an eine deutsche Besatzung in Finnland geglaubt hätten. Tatsächlich seien es freigelassene deutsche Kriegsgefangene gewesen. Das gleiche wird von deutschen Zivilgefangenen gemeldet, die in Finnland in Scharen die Öffnung der Grenze bei Saporanda abwarten, um in die Heimat zurückzukehren.

Aufhebung des persönlichen Grundbesitzes.

Petersburg, 10. Dez. (B.B.) Meldung der Zentral-Rede. Die maximalistische Regierung hat in einer Proklamation jeden persönlichen Grundbesitz aufgehoben und den Grund und Boden für Staatsbesitz erklärt.

Die Unabhängigkeits-Erklärung Finnlands.

Basel, 10. Dez. Nach einem Sonderbericht aus Helsinki hat der Präsident des finnischen Senats der französischen und den alliierten Regierungen eine Erklärung zugestellt, in der es im wesentlichen heißt: Gestützt auf Artikel 38 des Verfassungsgesetzes von 1772 hat der finnische Landtag beschlossen, die souveräne Gewalt zu übernehmen und demgemäß einen vollziehenden Senat beizubehalten. Kraft dieses Entschlusses hat das Haupt der finnischen Regierung im Landtag einen Entwurf zu einem Verfassungsgesetz unterbreitet, wonach Finnland sich als unabhängige Republik erklärt. Der Präsident des Senats beruft sich auf den von den Vätern proklamierten Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und erklärt namens der finnischen Regierung feierlich, daß das finnische Volk ein Anrecht hat, seine Geschicke selber zu bestimmen und die fremden Mächte um die Anerkennung seiner Unabhängigkeit zu ersuchen. Rußland besitzt keine Regierung mehr, seine Vertreter haben die Ausübung ihrer Obliegenheiten in Finnland eingestellt. Es ist keine rechtmäßige russische Behörde mehr vorhanden. Die Truppen, die noch im Lande weilen, verbreiten Schrecken und reizen die revolutionären Elemente der Bevölkerung zu verbrecherischem Tun an. Die russische Anarchie zwingt das finnische Volk, sich von nun an von jeder Abhängigkeit gegenüber Rußland frei zu machen. Endlich steht Finnland vor der Hungersnot. Zudem der finnländische Senat sich auf die Rechte der kleinen Völker auf nationale Selbständigkeit beruft, ersucht er die Regierung der französischen Republik ehrenvoll, um die Anerkennung der finnischen Republik und um die Ermächtigung, eine Delegation nach Paris zu entsenden.

Die Neugestaltung in Rußland.

Berlin, 10. Dez. Die „B. Z.“ berichtet aus Kopenhagen: Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur vom 7. Dez. hat Trotzki die Gesandten von England, Frankreich, Amerika, Italien, China, Japan, Rumänien, Belgien und Serbien in amtlicher schriftlicher Form über den bisherigen Gang der deutsch-russischen

Verhandlungen und die eingetretene Verhandlungspause unterrichtet und die Gesandten darauf aufmerksam gemacht, daß ein Zeitraum von mehr als einem Monat zwischen dem ersten russischen Friedensangebot und der Wiederaufnahme der Verhandlungen am 12. Dezember groß genug sei, um den verbündeten Regierungen Gelegenheit zu geben, ihre Stellung zu den Friedensverhandlungen festzulegen. Das heißt mit ja oder nein zu antworten, und wenn sie neu antworteten, offen zu erklären, für welche Ziele die Völker Europas vier Jahre hindurch ihr Blut vergießen sollten.

Meldung des Schwedischen Telegraphenbureaus. Der hiesige Vertreter der Bolschewiki teilt aus Petersburg vom 4. Dez. mit: „Djelo Naroda“ hat auf der französischen Botschaft erfahren, daß die Stellung Frankreichs zu den Verhandlungen über eine Waffenruhe unbeeinträchtigt sei. Betreffs der Friedensfrage werde Frankreich nur mit der Versammlung der Völker rechnen. Da sie allein den Willen des russischen Volkes ausdrücken könne. Die französische Regierung beabsichtige nicht, die Verbindung mit Rußland abzubrechen, falls Rußland einen Sonderfrieden mit Deutschland schliesse. Es sei notwendig, Lebensmittel nach Rumänien durch Rußland zu führen.

Der gut unterrichtete Petersburger Mitarbeiter von „Sputnik“-Blatt meldete am Freitag, niemand in Petersburg sei im Zweifel darüber, daß ein Waffenstillstand zustandekommen müsse. Die Bolschewiki würden, wenn es notwendig und nicht anders zu erreichen wäre, zu weitgehenden Zugeständnissen bereit sein. Alle Soldaten verlangten den Frieden. Jeder Versuch zur Fortsetzung des Krieges sei von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Der Senat beschloß einstimmig, das Dekret, durch das die Rechtsinstitutionen Rußlands aufgehoben werden, dem Rat der Volkskommissare vorzulegen. Der Rat der Volkskommissare verfügte Aufhebung der Gerichte und des Strafgesetzbuches. D. Red., nicht anzuerkennen und seine Arbeiten so lange wie möglich fortzusetzen.

Das revolutionäre Komitee ordnete die Wiederherstellung des ehemaligen Ministers des Innern Protopopow an, der von den Vorgesetzten für treu und gegen Reaktion von 100 000 Rubel aus freier Fuß gesetzt worden war. Das Komitee verabschiedete nach Gubas die gesamte Generalkommission, die mit der Vorbereitung der Wahlen für die Sobranje betraut war. Der Präsident der Kommission, die beiden Vizepräsidenten und 12 Mitglieder wurden im Smolny-Institut eingeschlossen. Diese Verhaftung ruft eine lebhafteste Bewegung hervor. Die Blätter sehen darin eine ernsthafte Bedrohung der Zusammenberufung der konstituierenden Versammlung.

Paul Gubas richtete der Rat der Volkskommissare eine bedeutsame Kundgebung an das russische Volk, worin es u. a. heißt: Die Revolution sei in Gefahr, so daß in mehreren Gouvernements der Belagerungszustand habe verhängt werden müssen. Daher verfüge der Rat der Volkskommissare folgendes: 1. Die Verhängung des Belagerungszustandes über die Provinzen am Ural und Don sowie über die andern Gegenden, in denen die Revolutionsfeinde am Werk sind. 2. Die heftigsten revolutionären Befragungen sollen mit der größten Energie gegen die Volksfeinde vorgehen, ohne auf höheren Befehl zu warten. 3. Alle Versuche, mit den Revolutionsfeinden zu verhandeln, oder sich mit ihnen zu beschließen, sind streng untersagt. 4. Jede Unterstützung der Revolutionsfeinde durch die Bevölkerung oder durch das Eisenbahnpersonal wird nach dem Revolutionsgesetze mit aller Schärfe bestraft werden. 5. Jede Verleumdung wird nach dem Gesetze bestraft. 6. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich vom Joch Kornknechts und Knechts befreien möchten, werden als Väter betrachtet und persönlicher Unterstützung durch den Sowjet versichert.

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die Zeitung des linken Flügels der Gegenrevolutionäre, „Enamja Truda“ (Die Ehre der Arbeit), hat von dem ehemaligen Sekretär der Breshko-Breshkowskaja, der Großmutter der Revolution, Wladimir Kretschow, einen Brief erhalten, worin Kretschow erklärt, daß Frau Breshko-Breshkowskaja aus amerikanischen Kreisen zwei Millionen Rubel erhalten habe, um sozialpatriotische Ideen unter Mitwirkung des persönlichen Sekretärs Kerenstij, Soskise, zu verbreiten. Soskise sei auch der Vermittler zwischen Kerenstij und den Engländern gewesen. Die Zeitung bemerkt hierzu: „Das sind Leute, die so viel Geschrei gemacht haben von angeblichen, aus Deutschland stammenden Geldsummen, die der Stimmungsmache für die Bolschewiki dienen sollten“.

Den Ausfall der Petersburger Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung deuten die wenigen, nach erscheinenden nichtbolschewistischen Zeitungen, die inzwischen ebenfalls wegen des Abdrucks des Aufrufs der Bolschewiki zur Regierung verboten worden sind, nicht als Beweis für die Stärke der Bolschewiki im Lande, sondern als Anlaß zum Kampf zwischen den Bolschewiki und den Kadetten. Das Ergebnis für das Nowoje Wremja, das litro, berechnet nach Zahlen, die offenbar neuer sind als die von bolschewistischer Seite gemeldeten, daß von 900 000 abgegebenen Wahlzetteln etwa zwei Fünftel für die Bolschewiki gewesen seien. Man hätte erwarten sollen, daß in einer von Arbeitern und Soldaten beherrschten Stadt die Bolschewiki einen weit höheren Hundertteil von Stimmen erzielt hätten. Bei näherer Prüfung der Wahlschriften finde man, daß die Mehrheit der Bolschewiki nur aus den Vierteln der Pa-

briken und Soldaten stamme, die ganze übrige Stadt habe für andere Parteien gestimmt. Nach dem Dien sind die Bolschewiki und die Kadetten die Herren des Tages. Zwischen beiden seien die gemäßigten sozialistischen Parteien verschwunden. Da die Bolschewiki die Demokratie vor weiten Kreisen der Bevölkerung bloßgestellt hätten, seien viele Stimmen, die sie sonst erhalten hätten, jetzt den Kadetten zugefallen. Man könne sagen, daß Miskow als Gegengift gegen Lenin aufgestellt worden sei.

Der Stockholmer russische Gesandte veröffentlicht in dem verbandsfreundlichen Blatt Dagens Nyheter eine Erklärung, worin er von neuem unterstreicht, daß er die Weisungen Trotzki nicht anerkenne, daß die Dauer der Herrschaft der Bolschewiki schätzungsweise auf zehn Wochen berechnet, im übrigen aber eindringlich warnt, Nachrichten über die innere Lage Rußlands irgendwelchen Glauben zu schenken. Erstens kämen aus Petersburg nur gefälschte Nachrichten, zweitens stehe es fest, daß man in Petersburg selbst über die Stimmung und Zustände im Lande sehr schlecht unterrichtet sei.

Was französische Zeitungen schreiben!

Bern, 10. Dez. (B.B.) Pariser Blätter veröffentlichen folgende sichtlich inspierte Meldung: Die bisherigen Unterhandlungen zwischen den Maximalkisten und den Deutschen hätten keine nennenswerten Ergebnisse. Die Maximalkisten beabsichtigen, im gegebenen Augenblick die Unterhandlungen mit Deutschland abzubrechen und ein allgemeines Friedensprogramm zu formulieren mit einer Aufforderung an die Alliierten, sich diesem anzuschließen. Auf die Weigerung der Alliierten hin würden die Maximalkisten sich für berechtigt und frei erklären, über einen Sonderfrieden zu verhandeln und einen solchen abzuschließen.

Dem Pariser Temps, der stets die Meinung der französischen Regierung wiedergibt, kann man Deutschfreundlichkeit in allerletzter Linie nachsagen. Es ist also nur die Erkenntnis der wirklichen Sachlage, wenn er im Vortrags vom 3. zu dem Schluss kommt, daß nur Deutschland Rußland in seiner Verfalls- und Geldnot helfen könne.

Angeht es des gleichzeitigen Lebens von Ordnung und von Waren stellt sich der Deutsche als ein gleich bereiter Ordner und Lieferant dem Russen zur Verfügung. Er ist in der Lage, mit jeder Klasse des russischen Volkes die Sprache reden zu können, die gerade sie gern hört. Den großen Spekulanten, die so rasch Bank, Zucker, Baumwollstoffe gegründet haben, kann der Deutsche den sichern Untergrund verschaffen, den ihre ziemlich schwindhaften Unternehmen so dringend nötig haben. Den Mittelsklassen, die unter einem unerträglichen Steuerdruck leiden und sehen, wie die Schuldenunternehmer drei bis viermal soviel verdienen wie ein Arbeiter, bietet Deutschland das Schauspiel einer trefflich durchgeführten Wirtschaftsordnung. Die russischen Arbeiter nehmen wohl an, der Friede werde ihre Lebenshaltung verbessern. Der russische Handel dürfte der Meinung sein, Deutschland werde ihm die Waren liefern, die man in Rußland von ihm in Stadt und Land verlangt. Ein Mann, der die russische Industrie am Werke sah, sagte Ende Oktober in Petersburg: „Jedermann fragt sich hier: An wen wenden wir uns in den ersten zehn Jahren nach Friedensschluß, um nicht Hungers zu sterben und um das Volk zu befähigen, sich aus den Niederungen seines geistigen und sittlichen Elendes zu erheben?“ Und dieser Mann, der sich ein Urteil wohl zutrauen konnte, fügte, zum Beweise, daß seine Handseute wissens wären, die deutsche Hilfe anzunehmen. Hinzü: „Die meisten Russen meinen, unser Handel könne nur mit den Deutschen gedeihen. In unsern gewerblichen und Handelskreisen fürchtet man die Bundesgenossen mehr, als man sie schätzt.“

Wir nehmen von diesem Zeugnis, das allen anderen Beweggründen eher entsprungen ist als einer übertriebenen Deutschfreundlichkeit, gebührend Berner. Der russische Sachverständige hat recht: Die Russen haben während des Krieges ihre angeblichen Bundesgenossen so gründlich kennen gelernt, daß sie vor der Ausbeutung Rußlands durch Amerikaner, Engländer, Franzosen und Genossen allerdings eine nur zu sehr begründete Furcht bekommen haben. Und den für sie so vortheilhaften deutschen Geschäftsverkehr kennen sie aus mehr als einem Jahrhundert friedlichen Nebeneinanderlebens.

Die Waffenstillstands-Verhandlungen.

Kaiser Carl sagte beim Empfang der Delegationen, die in Wien zur Beratung der gemeinsamen, insbesondere der auswärtigen Angelegenheiten tagen: „Wie wir in schweren Zeiten des Jagen nicht gefasst haben, so dürfen wir jetzt, da sich der Ausblick in die Zukunft aufzuheben scheint, in besonnener Selbstbeschränkung das Maß des Erreichbaren und dessen, was uns frommt, nicht überspannen“. Damit hat der Herrscher der verbündeten Doppelmonarchie in voller Uebereinstimmung mit seinen Bundesgenossen den Geist gekennzeichnet, der die Friedensbestrebungen der Mittelmächte erfüllt und leitet und der himmelweit verschieden ist von

dem maßlosen Eroberungs- und Vernichtungswillen, von dem sich noch immer die Kriegsschärfe der Weltmächte ein- schließlich Amerikas beherrscht zeigen. Und der Roman hat auch damit das rechte Wort getroffen, daß die Sterbungs- mächte die Waffen nicht eher niederlegen könnten und wür- den, bis die Gegner im Westen ihren wahnwitzigen Aus- schlachtungsplan und Vorgefallungspläne unzweideutig ent- sagt hätten, da wir Herrn bleiben wollten im eigenen Hause; daß wir dagegen dem schwer gepreßten russischen Volke, das als erstes dem Friedensrufe des Sterbungs folgte, jedes mögliche Entgegenkommen bewiesen würden.

Die russische Regierung, die die Geheimverträge be- kanntgab, liebt die Öffentlichkeit, deren Licht wir nicht zu scheuen haben. Ihr Absicht ist dabei besonders auch auf die Vereitelung jedes Versuches der bisherigen Verbündeten Russlands gerichtet, die Grundzüge eines allgemeinen Frie- dens, für den die russische Revolution kämpft, hindern zu- deuten. Durch die fortlaufende Bekanntgabe der Entwick- lung der Waffenstillstandsverhandlungen, denen nach dem Wunsche aller Beteiligten die Friedensverhandlungen mög- lichst unmittelbar folgen sollen, will Russland den Bestän- den ermöglichen, sich jederzeit den Verhandlungen zur Be- seitigung des allgemeinen Friedens anzuschließen. Hinter- hängigkeit und Ueberrumpelung werden die Westmächte dem östlichen Alliierten daher nicht zum Vorwurf machen können, so begierig sie auch danach trachten, das von ihnen ver- ratene und ausgegangene Russland als den Verräter zu brand- markieren. Die Brücke, die ihnen Russland schlägt, auf dem Wege von Verhandlungen gleichfalls zu einem Verständli- gungsfrieden zu gelangen, werden die Machthaber der West- mächte zunächst freilich noch nicht betreten. Sie hat das Angeld noch immer nicht flug gemacht. Wie sie sich auf Grund der Kriegslage die Möglichkeit einer für sie günsti- gen Wendung konstruieren, ist ihr Privatgeheimnis in das der Verhandlung normal veranlagter Menschen schlechterdings nicht einzubringen vermag.

Nach den offiziellen russischen Mitteilungen über die historische erste Begegnung der Friedensparlamentäre am 11. v. Mts. hatte sich die russische Abordnung von Danaburg zum Oberbefehlshaber der Truppen des Sterbungs begeben. Von der Front des Moskauer Infanterie-Regiments ging es im Aufgraben weiter mit einer weißen Flagge und einem Trompeter. In einer Entfernung von 300 Schritt von der unter dem Namen „Hannover“ bekannten Stellung ließ die Abordnung um 4.20 Uhr nachmittags auf deutsche Offiziere. Mit verbundenen Augen wurden die Unterhändler zum Stabe des deutschen Bataillons geführt, das die „Hannover“- Stellung besetzt hält, sie überreichten dort um 1/2 Uhr ihre Vollmachten. Die Verhandlungen wurden in französischer Sprache geführt. Die Tatsache des Anerbietens wurde so- fort dem Oberbefehlshaber Generalfeldmarschall Prinzen Leopold von Bayern übermittelt. Die Vollmachten wurden als zufriedenstellend befunden und eine Antwort innerhalb 24 Stunden in Aussicht gestellt. Sie traf bereits 11 Stun- den früher ein und besagte, daß Deutschland zur Einleitung von Verhandlungen über Waffenruhe bereit und daß Prinz Leopold mit der Führung der Verhandlungen beauftragt sei. Den Delegierten wurde ein Extrazug zur Verfügung gestellt und eine direkte telegraphische Verbindung hergestellt. Um auch in dem unwahrscheinlichen Falle des Scheiterns der Verhandlungen jede denkbare Schädigung zu verhüten, wurden den Unterhändlern vor dem Durchfahren der deut- schen Stellungen die Augen verbunden; wann wird die Binde von den Augen der Westmächte fallen?

Die feindlichen Luftangriffe im November.

Berlin, 10. Dez. (M.A. Antik.) Die feindlichen Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet im November. Der Feind unternahm im November zwei Bombenangriffe gegen das deutsche Heimatgebiet. Ein Angriff fand am Aller- heiligen-Tage statt und richtete sich gegen friedliche Städte und Dörfer in Baden und der Pfalz, der zweite Angriff hatte das lothringisch-luxemburgische Industriegebiet zum

Ziele. Eine Frau wurde durch Bombenplitter leicht ver- letzt. Sachschaden wurde nur in ganz geringem Umfang, militärischer Schaden überhaupt nicht verursacht. Der Feind hätte den Angriff am Allerheiligen-Tage mit dem Verlust eines Flugzeuges, das brennend abgeschossen wurde, ein zweites Flugzeug wurde durch unsere Abwehrfeuer jenseits der Linien zur Verbrennung gezwungen.

9196000 Tonnen in einem Jahre versenkt.

Berlin, 10. Dez. (M.A.) Seit der Ablehnung des deutschen Friedensangebotes vom 12. Dezember 1918 hat die Entente trotz ihrer vielfachen Ueberlegenheit an Zahl und Material an die Westmächte im ganzen über 430000 Gefangene und über 4000 Gefährte verloren. Die ungeheuren wirtschaftlichen und militärischen Werte, die sich außerdem durch die Besetzung weiterer Strecken reichsten feindlichen Gebietes und die Erbeutung ungeheurer Mengen von Kriegsgüter ergeben, lassen sich in Zahlen nicht an- nähernd ausdrücken. Von Mitte Dezember 1918 bis Mitte Dezember 1917 wurden außerdem insgesamt 9196000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Der Kellereiausschuß.

Berlin, 10. Dez. (M.A.) Der Kellereiausschuß des Abgeordnetenhauses wurde in seiner heutigen Sitzung dahin schlüssig, die Wahlrechtsvorlage jedenfalls morgen (Dienstag) zu Ende zu bringen. Mittwoch wird der An- trag Fuhrmann betr. Vaterlandspartei auf die Tagesord- nung gesetzt. Am Donnerstag beginnt die Besprechung der Kohlenfragen. Am Freitag sollen bestimmt, auch wenn die Besprechung der Kohlenfragen nicht zu Ende geführt wird, die Anträge betr. Teuerungszulage erledigt werden. Das Haus geht am Freitag in die Weihnachtsferien. Die nächste Sitzung soll am 15. Januar 1918 stattfinden. Es wurde jedoch der Wunsch geäußert, daß die Wahlrechtskom- mission die Zeit vor dem 15. Januar sich für ihre Be- ratungen nutzbar machen möge.

U-Boots-Meldungen!

Berlin, 10. Dez. (M.A. Antik.) Eines unserer Unterseeboote hat im Atlantischen Ozean neuerdings 12000 Bruttoregistertonnen Schiffraum versenkt. Zwei der vernichteten Dampfer wur- den aus Geleitzügen herausgeschossen. Ferner wurde der bewaffnete amerikanische Dampfer „Actacon“ (5000 to) auf der Fahrt von Bordeaux nach Amerika versenkt. Der Chef des Kommandos der Marine.

Versenkung eines Munitionsdampfers.

Berlin, 10. Dez. Die kürzlich gemeldete Versenkung eines Munitionsdampfers von 6000 Tonnen spielte sich nach dem jetzt vorliegenden Berichte des Kommandanten des be- treffenden Unterseebootes folgendermaßen ab: Im englischen Kanal auf Vauversstellung kreuzend, sichtete man kurz nach Mit- ternacht einen von Westen herkommenden, tief beladenen Damp- fer, auf den sogleich zum Angriff gefahren wurde. Eine nach einer halben Stunde konnte zum Schuß ausgedreht und der Torpedo abgefeuert werden. Mit einer gewaltigen Detonation flog der Dampfer in die Luft, eingeschlossen in eine riesige Feuerfäule. In einer einzigen Sekunde war jedoch die ungeheure Flamme wieder erloschen und der Dampfer versank. Die Austerfälligkeit durch die Explosion über-

stieg jeden Begriff. Trotzdem das Unterseeboot in erheblicher Entfernung sich befand, machte sich doch der starke Aufbruch in unerwartet starker Weise auf dem Boot bemerkbar und richtete einige Beschädigungen, wie zum Beispiel Durch- schlagen der elektrischen Sicherungen, Vorübergehen des Ver- schagens des Kompasses. Unschädlichkeit am Schiffkörper uhn. an. Nach zweistündiger Arbeit war es dem technischen Ge- schick des Personals gelungen, die Schäden wieder zu be- heben.

Die Revolution in Portugal!

Amsterdam, 10. Dez. Ueber die Revolution in Por- tugal meldet Reuters noch: Nach dreitägigem wilden Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Revolutionären, denen sich fast die ganze Garnation Dissabons angeschlossen hatte, trat die Regierung zurück und die Revolutionäre stellten unter Sidonio Paes' Vorsitz eine neue vor- läufige Regierung zusammen. Die Minister der alten Regierung gingen an Bord des Kreuzers „Banco da Lama“, der die Stadt beschuß, aber dann aufhörte, als der Feind der Revolutionäre drohte, von den Forts aus das Feuer zu beantworten. Ueber die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Ruhe ist zurückgekehrt.

(Der Führer der siegreichen Revolutionäre in Portugal ist der letzte portugiesische Befehlshaber in Berlin, Prof. Dr. Sidonio Paes. Er war Vertreter Portugals beim Deutschen Reich vom 8. Oktober 1912 an bis zum Abbruch der Be- ziehungen am 9. März 1916.)

Die Agence Havas meldet aus Lissabon folgende Ueber- sicht über die letzten Ereignisse in Lissabon. Die Bewegung des revolutionären Militärs gegen die Demokratie hat ge- siegt. Die Truppen der Regierung griffen die Stellungen der Revolutionäre auf dem Campolide an, wurden jedoch mit schweren Verlusten nach einem fast vierstündigen Kampf zurückgeworfen. Die Regierung, außerstande, der Bewegung Herr zu werden, trat zurück. Ihre Truppen ergaben sich; der Präsident der Republik nahm den Ab- tritt des Kabinetts Costa an. Die Revolutionäre veröffent- lichten hierauf folgende Rundgebung:

„Die revolutionären Streitkräfte, die sich aus fast der gesamten Garnison von Lissabon zusammensetzten, haben sich drei Tage lang im Eouard-Park verschanzt und zur Rei- tung des Vaterlandes und der Republik, die durch eine er- bärmliche und fast vollkommen durch Monarchisten geübte Regierung bedroht war, gekämpft. Die Revolutionäre ha- ben ein Kabinett aus erhabenen und maßgebenden Männern gebildet. Wir versichern feierlich, daß wir neben unsern alten Bundesgenossen England und neben den anderen Alliierten durchhalten und alle internationalen Abmachungen der portugiesischen Nation aufrechterhalten werden.“

Der Honorer „Progrès“ bringt eine Meldung seines Bon- dener Mitarbeiters, wonach die neue portugiesische Re- gierung die Revision der Kriegs- und Friedensziele bei den Alliierten beantragen werde.

Neuermeldung. Das revolutionäre Komitee setzt sich zusammen aus Sidonio Paes, Machado Santos und Kap- itän Feliciano Castro. Machado Santos wurde heute abend hier ermordet. Es verlautet, daß ausfindig der Prokla- mierung der neuen Regierung die Wegweisung des Präsidenten der Republik und die Auflösung des Parlaments durch ein Dekret bekanntgegeben werden soll. Rodrigues Verroncourt wird Ministerpräsident und einseitiger Präsident der Repu- blik werden.

Küderlegung der italienischen Front.

Basel, 10. Dez. „Daily Chronicle“ meldet, es seien alle Anzeichen vorhanden, daß die neue alliierte Heeresleitung in Italien das starr Festhalten an einmal eingenommenen

Erst am Montag des nächsten Tages hätte Danoff, daß Alne wieder in Thurnhof sei. Er ließ ihn holen.

„Alne, ich kann es nicht gestehen.“ begann Danoff. Stepan gab keine Antwort, aber aus seinen Augen glitzerte es feurig, unbewußt, wie eine eifrig kalte Drohung, die Schauer des Entsetzens über Danoffs Rücken rieseln ließ, als habe die Hand des Todes ihn berührt. Noch lange sah er diese Augen vor sich, als Stepan gegangen war, ohne daß ein weiteres Wort gesprochen wurde. Er träumte von diesen Augen in der Nacht. Sie erinnerten ihn an eine halbver- gessene Szene der Vergangenheit und stimmten ihn nach- denklich.

Er sah wieder den innerungstüchtigen Hof des Gefängnisses vor sich. Der gleiche Ausbruch, mit dem Alne ihn jetzt an- blickt hatte, war auch damals in den Augen des Mannes gewesen, der gekniet wurde auf jenem Gefängnisboden und dem damals das Fleisch in Fegen vom Rücken hing. Danoff erlebte die Szene von neuem. Wie der Mann von der Bank losgeschallt wurde — wie er zusammenfiel — wie der Gouverneur mit seinem jungen Adjutanten Danoff vor- beschritt — wie der Hausen zerfetzten Menschens da auf dem Boden mit einem Schrei wie ein wildes Tier in die Höhe sprang und dem Gouverneur an die Kehle flog — wie er und andere mit ihren Säbeln auf die trallenden Hände und die betäubenden Ähre losstießen. ... Doch das wilde Tier hatte sein Opfer mit den Klauen zerfetzt und als ein Säbel- hieb den Mann endlich niederstreckte, bluteten zwei Beine zu Boden — der Mann mit gepulvertem Schädel — der Gouverneur mit durchschneider, zerfetzter Kehle. ...

Und das wahnsinnige Hader und Leuchten in den Augen jenes Mannes von damals hatte er heute in Alnes Augen wiedergefunden!

Kapitän Danoff versuchte Stepan Alne und versuchte Paschkin und fluchte immer noch, als er endlich einschlief mit einer unklaren Idee, es sei seine Pflicht, eine Kaskadenabteilung mit geladenen Gewehren nach Herrn Stepan Alne ins Thurn- haus zu schicken. Mehrmals in der Nacht wachte er auf und sah immer diese Augen vor sich. Nun, vielleicht war es doch besser, würde zu sein. Ein armer Teufel, dieser Alne. Durchbare Sache, dieser Paß, zweifellos. Um, und wenn Paschkin vom Teufel besessen war, — schön und gut, solange er selbst die Folgen trug. Aber er, Danoff, dankte ver- bindlich dafür, um Paschkins willen, erwiderte zu werden. Gewehren, die Stepan am nächsten Morgen aufstellte, als er nein. Es war also keine Kaskadenabteilung mit geladenen et auf schauendbedeckten Pferde wieder nach Thurnhof hinein- jagte, sondern nur der alte Kaskadenführer, allein und unbe- holfen, während Stepan von Waffen starrte. Er trug die Hände auf dem Rücken, den furchbaren Spoor in der Hand, Die Art im Garte. Er war auf alles gefaßt! (A. D.)

Der endlose Weg.

Roman aus St. Idris von J. Drenham.

Autorkriter. — Nachdruck verboten.

(34. Fortsetzung.)

„Sie ist krank“, erklärte er häufig der Witin. „Schade nach einem Doktor, während ich sie zu Bett bringe.“ Und als der Doktor kam und Katia untersucht hatte, schüttelte er erst den Kopf und sagte:

„Sie hat das Fieber und zwar schon seit vielen Tagen. Deshalb ist sie nicht gepflegt worden?“ und ein scharfer Blick des Bismarcks streifte Stepan.

„Ich bin heute erst aus dem Gefängnis entlassen wor- den und wußte von nichts.“

Der Arzt konnte Alnes Geschichte. Der Mann tat ihm von Herzen leid, aber er mußte die Wahrheit wissen: „Ich werde tun, was in meiner Kraft steht; wachst du jedoch nicht über die Tag und Nacht, so wirst du sie verlieren.“

„Verlieren? Mein Gott!“ schrie Stepan.

In diesem Augenblick trat die Witin ins Zimmer. Draußen wünschte jemand Stepan zu sprechen, sagte sie mit einem beglückenden Blick. Der Jemand war ein Kosak mit einer Postkarte vom Polizeichef, daß Stepan Alne unter seinen Umständen die Nacht in Thurnhof verbringen dürfe und sich sofort auf den Weg machen müsse.

„Sieh einmal, Alne“, sagte der Kosakenkapitän Danoff, als Stepan in Thurnhof, sich überdrückenden Worten hervor- geschauert hatte, wie die Dinge standen und den Offizier aus Augen anstarrte. In denen die besten Tränen standen; nicht ich war es, der dir diesen Paß ausgestellt hat, und nicht ich bin es, der dir helfen kann. Auf mir lastet die Verantwortung, die Befehle der höheren Stelle zur Ausführung zu bringen. Du wirst Thurnhof sofort verlassen, Alne.“

„Aber ich war doch dreißig Tage fort“, rorterte Stepan, sich an diesen letzten Strohhalm der Hoffnung anklammernd. „Doch wachst wachst du bereits zehn Tage hier. Dein Paß gestattet dir nicht, dich aus irgend welchen Gründen länger als zehn Tage an irgend einem Ort aufzuhalten. Es hat keinen Sinn, noch Worte darüber zu verlieren. Du mußt gehen.“

„Mei Gott, Excellenz!“ — und eine Gut kam über ihn wie damals als er, ein Verurteilter, gegen die Wollschellen gekämpft hatte.

Doch Danoff winkte nur dem Kosakenführer zu, Ste- pan hinauszuführen, und sagte streng:

„Halt du Thurnhof binnen einer Stunde nicht verlassen, so wirst du unter Vorwurfe nach Thurnhof abgehen!“

— Die Bezirksstelle für Gemüse und Obst für den Regierungsbezirk Wiesbaden veröffentlicht eine Verordnung über den Verkehr mit Rüben. Diese Verordnung geht grundsätzlich davon aus, daß eine Beschlagnehmung nicht erfolgt, daß aber diejenigen Rüben, welche zum Verkauf kommen, der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen sollen. Danach ist also der Erzeuger in seinem eigenen Verdictum nicht behindert. Er ist lediglich verpflichtet, diejenigen Mengen, welche er zum Absatz bringt, grundsätzlich an die Bezirksstelle für Gemüse und Obst für den Regierungsbezirk Wiesbaden, Geschäftsabteilung, Frankfurt a. M., Cassianstraße 2, zu verkaufen. Es sind aber, um die Organisation auf eine breitere Basis zu stellen, neben der Bezirksstelle für Gemüse und Obst auch die im Bezirk bestehenden Genossenschaften als Käufer eingefügt worden und zwar in der Weise, daß den verschiedenen Genossenschaften einzelne Kreise des Regierungsbezirks zum Absatz zugewiesen sind. Der Absatz verteilt sich auf die landwirtschaftliche Central-Darlehenskasse für Deutschland, Filiale Frankfurt a. M., Schillerstraße 23, ferner Hessen-Ausschuß, Dardels-Genossenschaft für Getreide, Mehl, Futten- und Düngemittel, Frankfurt a. M., Kaiserstraße 40 und auf die Central-Ein- und Verkaufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Wiesbaden, Wiesbaden, Marktstraße 23. In den verschiedenen Kommunalverbänden wird bekannt gemacht, welcher dieser Verbände neben der Bezirksstelle zum Absatz zugelassen ist. Wo die aufkaufberechtigten Stellen oder Genossenschaften besondere Käufer anstellen, werden diese ebenfalls bekannt gemacht. Es soll durch diese Organisation dem Erzeuger der Absatz seiner Erzeugnisse so leicht wie möglich gemacht werden. Die Verordnung sieht auch die Möglichkeit der Beschlagnehmung vor. Es ist aber zunächst nicht daran gedacht, die Beschlagnehmung durchzuführen, und es wird hoffentlich auch möglich sein, ohne diese Beschlagnehmung durchzuführen, da es ja lediglich die Absicht der Verordnung ist, die vom Erzeuger abgesetzte Ware zu bewirtschaften. Es wird Vorsorge getroffen werden, daß von den im Regierungsbezirk zum Verkauf kommenden Rüben in erster Linie der Bedarf des Reichthums sich im nächsten

Nachfrage gestellt wird. Die Bewirtschaftung erstreckt sich auf Anstalten, welche bei der Knappheit von Viehfleischmengen wohl fast herangezogen werden müssen, ferner auf Weistreiben, die sich als guter Gauerfruchtanbau bewährt haben und schließlich auf Anstalten, die wegen der sonst vorhandenen Mangelhaftigkeit der Versorgung mit anderen Viehfleischmengen ebenfalls einbezogen werden müssen. Freigelassen von jeder Abgabepflicht ist der Verkauf durch den Kleinhandeler und der Verkehr auf öffentlichen Märkten, und schließlich die Erfüllung der Vieferzeugnisse, die unbedingt durchgeführt werden müssen.

Die Versorgung der Metallarbeiter. Ueber die Versorgung der Metallarbeiter des hiesigen Kreises hatte die Verwaltungsstelle Siegen des Christl. Metallarbeiterverbandes eine Unterredung mit dem Herrn Landrat nachgeführt, der in der bereitwilligsten Weise stattgegeben wurde. Von dem Vertreter des Verbandes wurden zunächst die Beschwerden über die ungenügende Zuzuführung von Lebensmitteln vorgetragen; insbesondere von Fett, Rohmaterial, Brotanfertigung usw. Bezüglich der Fettversorgung ist es dem Herrn Landrat gelungen, dass wenigstens für die Wintermonate und hauptsächlich auf Grund der vielen landwirtschaftlichen Zweigbetriebe der Kreis als Bedarfsebene für Fett anerkannt sei. Eine bessere Roh- und Suppenmittelversorgung siehe erst vom Januar ab in Aussicht. Den vom Vertreter des Verbandes vorgetragenen Beschwerden über die Verteilung der Lebensmittel sowohl in den Betrieben, als auch in den einzelnen Orten, soll ebenfalls Rechnung getragen werden und sei das Ergebnis dessen abzuwarten. Würden die Beschwerden nicht behoben, so soll der vom Verhandlungsvertreter vorgeschlagene Verteilung unter Mitwirkung der Arbeiterkassette näher getreten werden. Des weiteren bildeten die unerhöhten Preise von einer Reihe von Lebensmitteln den Gegenstand der wirkungsvollen Unterredung. Soweit die Kreisbehörde nicht in der Lage ist, den berechtigten Versorgungsbeschwerden zu entsprechen, wird der Verband sich an die weiteren Versorgungsbehörden mit diesbezüglichen Eingaben wenden und darf dabei wohl auf die weitgehendste Unterstützung aller interessierten Kreise rechnen.

Wissenbach, 11. Dez. Landsturmann Richard Walter von hier erhielt das Eisene Kreuz 2. Kl.

Letzte Nachrichten.

Das bisherige Ergebnis der Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 11. Dez. (W.B.) Ueber den Verlauf der Verhandlungen über die Waffenruhe an der Ostfront erfahren wir folgendes:

Zu Beginn der Verhandlungen mit der im Standort des Hauptquartiers des Oberbefehlshabers Ost erschienenen russischen Delegation stellte sich beim Austausch der Botschaften heraus, dass diese auf beiden Seiten lediglich dazu ernücherten, über einen Waffenstillstand zu verhandeln, nicht aber über einen Frieden. Die russische Delegation schlug vor, einen allgemeinen Waffenstillstand für alle Fronten auf allen Fronten zu vereinbaren. Hieraus konnte unsererseits nicht eingegangen werden, da die Bundesgenossen Russlands weder vertreten waren, noch den russischen Delegierten Botschaften erteilt hatten, in ihrem Namen zu sprechen.

Wir kamen danach überein, die Verhandlungen auf den Abschluss eines Waffenstillstandes zwischen den Armeen der Verbündeten und dem russischen Heere zu beschränken. Von russischer Seite ist hierbei ausdrücklich hervorgehoben worden, dass der abzuschließende Waffenstillstand den unmittelbaren Eintritt in Friedensverhandlungen zum Zweck haben soll und zwar über einen allgemeinen Frieden zwischen allen Kriegführenden. Hieron haben die Bevollmächtigten der Verbündeten mit Befriedigung Kenntnis genommen. Sogleich in die Erörterung von Friedensfragen einzutreten, war schon deswegen nicht möglich, da die bisherigen Botschaften hierzu nicht ausreichten.

Am zweiten Sitzungstage teilten die russischen Delegierten uns ihre Vorschläge für den Waffenstillstand mit. Diese Bedingungen gingen für ihre militärische Lage zum Teil ganz erstaunlich weit. Die Russen verlangten beispielsweise die Räumung der Inseln im Rigaischen Meerbusen, ohne ihrerseits die Zurückziehung ihrer Truppen an irgend einer Stelle der Front anzubieten. Ferner wollten sie uns vorschreiben, für die ganze Dauer eines ihrerseits auf sechs Monate vorgesehene Waffenstillstandes unsere Truppen in den Schützengräben der Ostfront zu belassen, nicht einmal ihre Zurückverlegung ins Ruhequartier sollte gestattet sein. Auf solche Bedingungen konnten wir uns natürlich nicht einlassen. Bei der Besprechung der einzelnen Punkte stellte sich dann aber heraus, dass in allen außer einer Frage eine Einigung leicht zu erzielen war. Der einzige Punkt, für den wir keine Lösung fanden, war die Frage der Inseln im Rigaischen Meerbusen, deren Räumung natürlich ungetroffen jeder Diskussion steht.

Wie leicht an sich eine Einigung zu erzielen war, zeigte sich in dem Augenblick, als die russischen Delegierten erläuterten, weitere Instruktionen aus Petersburg einholen zu müssen, denn wir haben daraufhin in kürzester Zeit und ohne auf ernstliche Schwierigkeiten zu stoßen, eine Einigung über alle Bedingungen der jetzt eingetragenen zehntägigen Waffenruhe erzielt. In dieser kurzen friedlichen Abmachung dürfen wir ein gutes Vorgespiel für die Zukunft erwarten.

Petersburg, 7. Dez. (W.B.) Meldung der Petersburger Telegramm-Agentur. Gestern fand eine Versammlung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates statt, worin die in den Waffenstillstandsverhandlungen ermächtigten Abgeordneten Bericht erstatteten. Die Erörterung wurde auf morgen vertagt. Die bürgerliche Presse bringt unbegründete Meldungen, dass die Bolschewiki in allen Punkten nachgeben. Die Presse der Arbeiter- und Soldatenräte antwortete kräftig darauf, dass beweist, dass die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte weder einen Waffenstillstand noch einen Frieden schließen werde, welcher den Interessen nicht nur der Russen, sondern auch der Bolschewiki und der Alliierten zuwider liefe.

Verantwortl. Schriftleiter: Herr. Schreiber in Dillenburg.

Ämlicher Teil.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (R.-G.-Bl. S. 301) 18. August 1917 (R.-G.-Bl. S. 833) wird verordnet:

§ 1. Kleinfarmen, Grasflächen, Samen von Futterpflanzen, von Futterfrüchten oder Bräuten, von Stoppeln

oder Wäldern, von Futtermähren und Pasturen, Samen von Gersteballen und von sonstigen Futterkräutern darf zu anderen als zu Saatweiden nur mit Genehmigung der Reichslandwirtschaftlichen Abteilung abgesetzt oder verwendet werden.

§ 2. Wer der Vorschrift im § 1 zuwider handelt, ohne die erforderliche Genehmigung abgefordert oder verwendet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 19. November 1917.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts: von Baldow.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der bis zum 8. November 1917 ausgetragten Vergütungsanerkennnisse über gemäß § 3 Ziffer 1-2 des Kriegsernährungsgesetzes vom 13. Juni 1873 in den Monaten Dezember 1914, Februar-Juni 1915, Juli-Dezember 1916, Januar-August 1917 gewährte Kriegsernährungsleistungen im Regierungsbezirk Wiesbaden werden hiermit aufgefordert, die Vergütungen bei der königlichen Regierungshauptkasse hier bezu. den zuständigen Kreisstellen gegen Rückgabe der Anerkennnisse in Empfang zu nehmen.

Es kommen die Vergütungen für Naturalquartier, Ställe, Naturalverpflegung und Futter in Betracht. Den in Frage kommenden Gemeinden wird von hier aus oder von den Landräten noch besonders mitgeteilt, welche Vergütungsanerkennnisse in Frage kommen und wieviel die Zinsen betragen. Auf den Anerkennnissen ist über Betrag und Zinsen zu quittieren.

Die Quittungen müssen auf die Reichshauptkasse lauten. Der Zinsenlauf hört mit Ende dieses Monats auf. Die Zahlung der Beträge erfolgt gültig an die Inhaber der Anerkennnisse gegen deren Rückgabe. In einer Prüfung der Legitimation der Inhaber ist die zahlende Kasse berechtigt, aber nicht verpflichtet.

Wiesbaden, den 24. November 1917.

Der Regierungs-Präsident: J. B. gen. von Gieseler.

Ver. Kreisschweineversicherung.

Die betreffenden Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich, mir bestimmt bis zum 15. d. Mts. anzuzeigen, wie viel bei der Kreisschweineversicherung versicherten Schweine bei der am 1. Oktober d. J. erfolgten Bestandsaufnahme vorhanden gewesen sind und welcher Geldbetrag an Beiträgen (Prämien) für die Versicherung im Laufe dieses Jahres (einschl. des Monats Dezember) im ganzen bei Ihnen eingegangen ist.

Die Beiträge für 1917 sind, soweit es noch nicht geschieht, spätestens bis zum 1. Januar n. J. an die Zahl- und Markenstellen abzuliefern.

Dillenburg, den 8. Dezember 1917.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Schlachtviehobnahme.

Wegen der Feiertage finden die nächsten Abnahmen und Verteilungen des Schlachtviehs am Dienstag, den 18. Dezember 1917 und Donnerstag, den 3. Januar 1918 statt. Am 18. d. Mts. wird das Vieh für 2 Wochen angeliefert und für 2 Wochen verteilt. Sämtliches Vieh muss wie bisher bis morgens 9 Uhr auf der Abnahmestelle in Dillenburg sein.

Dillenburg, den 10. Dezember 1917.

Der künftl. Landrat.

Ein schwere schwarze erst-
Klasse
Misch- u. Fahrkuh
Ende des Monats labend,
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Junger Kaufmann

Mit guten Zeugnissen sieht
Erlaubung auf einem Büro,
e. u. auch Lager. Angebote
an Otto Stoll,
Oberndorf, Distrikt.

Maschinen- schreiberin

sofort für 6 Wochen zur
Aushilfe gesucht. Angeb.
unter F. C. Nr. 4272 an
die Geschäftsstelle ds. Bl.

Junges Fräulein,

welches die Handelsschule be-
sucht hat, sucht Stellung auf
einem Büro. Angeb. unter
K. 4275 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Mädchen

für Küche zum 1. Januar
gesucht. Schloßhotel.

Suche zu Weihnachten ein
zuverlässiges älteres

Mädchen

für Küche und Haus.
Frau Gust. Köhlinger,
Dillburg.

Kirchliche Nachrichten.

Dillenburg.
Donnerstag, den 13. Dez. 8½ U.
abends: Kriegsanstand in der
Kleinfinderschule.
Hr. Contr.

Meldung der Hilfsdienstpflichtigen.

Zur Eintragung in die Hilfsdienststammrolle sind sich auf dem Rathause, Hauptstraße 19, Zimmer 1, bis zum 17. Dezember 1917, die für die Ausfüllung der Stammlisten erforderlichen Angaben zu machen:

1. Alle männlichen Deutschen, die nach dem 31. 3. 1898 geboren sind und das 17. Lebensjahr vollendet haben, wenn sie nicht

a) zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören oder
b) auf Grund einer Reklamation vom Dienste im Heere oder in der Marine zurückgestellt sind.

2. Alle männlichen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, die nach dem 31. 3. 1898 geboren sind und das 17. Lebensjahr vollendet haben, sowie die Geborenen des Deutschen Reiches ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben und nicht zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören.

Die Anmeldung, die auch schriftlich, unter entsprechender Ausfüllung der vorgeschriebenen Karte, die auf dem Hilfsdienststammrolle zu erhalten ist, stattfinden kann, muß am 17. Dezember d. J. erfolgen. Befreiungen der Hilfsdienstpflicht erfolgen nicht. Es müssen sich daher diejenigen Hilfsdienstpflichtigen melden, die gemäß § 1 der Verordnung vom 1. 3. 17. von der Hilfsdienstpflicht befreit waren. Wer sich jedoch bereits auf Grund der Verordnung vom 1. 3. 17. zur Hilfsdienststammrolle gemeldet hat, dies durch Vorlage des gestempelten Melde- und Stempelenscheins der Meldestelle nachweisen kann, braucht nicht nochmals zu melden.

Von der persönlichen Meldung sind lediglich die öffentlichen oder privaten Anstalten (Hospitäler) und gebrachten Hilfsdienstpflichtigen befreit. Für sie hat der Staatsleiter oder der von ihm dazu bestellte Beamte die Meldung schriftlich zu erstatten.

Alle Meldeenden erhalten die Bestätigung ihrer Meldung, gleichgültig, ob diese schriftlich oder mündlich erfolgt ist, durch Ausfertigung des zu stempelnden Melde- und Stempelenscheins der Meldestelle.

Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mk. wird bestraft, wer die vorgeschriebene Meldung schuldhaft unterläßt.

Dillenburg, den 11. Dezember 1917.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Das Verzeichnis des in der Gemeinde Dillenburg vorhandenen Rindviehs, für welches Beiträge zur Deckung der Entschädigungen für an M.-Brand gekommene oder auf polizeiliche Anordnung getötete, oder i. d. Schutzimpfung g. fallende lungenentzündete Rinder zu leisten sind, liegt bis 23. Dezember 1917 zur Einsichtnahme auf dem Rathause offen.

Gleichzeitig liegt das Verzeichnis der in der Gemeinde vorhandenen Pferde, Gehen, Esel usw., welche Beiträge zur Deckung der Entschädigungen für an M.-Brand gekommene oder auf polizeiliche Anordnung getötete, oder i. d. Schutzimpfung g. fallende lungenentzündete Pferde zu leisten sind, zur Einsichtnahme offen.

Innerhalb der vorverzeichneten Frist können die auf Berichtigung der Verzeichnisse bezüglichen un-erzählten Magistrat vorgebracht werden.

Dillenburg, den 9. Dezember 1917.

Der Magistrat.

Anforderung.

Wer noch eine berechnete Forderung an die der verstorbenen Eheleute Karl Heubel und Ehefrau Wilhelmine geb. Hofmeier a. S. Daiger hat, wolle dieselbe bis spätestens zum 25. Dezember bei dem Vormund Emil Heubel in Daiger geltend machen.

Später eingelegte Forderungen, wenn auch bei uns nicht mehr berücksichtigt werden.

Daiger, den 9. Dezember 1917.

Der Vormund: E. Heubel.

Stotterer

erhalten umsonst die Ursache des Stotterens festgestellt ohne Arznei, ohne Kosten, ohne Anwesenheit. Früher war ich selbst Stotterer, habe mich nach vielen Jahren selbst geholt. Bitte teilen Sie mir Ihre Adresse mit. Die Zusendung meiner Broschüre erfolgt sofort kostenlos. Kuvert ohne Firma vollständig kostenlos.

3302 L. Warneck, Hannover, Friesenstraße.

Damen-Verk

zu verkaufen.

Bahnhofstraße 25 II.

Kleiner Schlüssel am Ring

verloren. Bitte um Rückgabe.

Näheres in der Geschäftsstelle.

Beschreibung

(für Kleinhandeler und Verarbeiter)

gemäß den Bestimmungen der Reichsbeschreibungsordnung in der

Sachdruckerei E. H. Dillburg.

Als passende u. praktische Weihnachtsgeschenke

bringe ich mein reichhaltiges Lager in



Uhren-, Gold- und
Silber-Waren

in empfehlende Erinnerung.

Emil Weber, Hauptstr. 88.